

Rede von Stadtrat Michael Frost
Zum Gedenken an die NS-Opfer der Roma und Sinti, 16.12.2016

(Anrede)

Ich begrüße Sie an diesem Ort, an dem ab Mai 1940 die Bremerhavener Sinti und Roma eingesperrt wurden, um anschließend über Hamburg und später über Bremen in die Vernichtungslager des NS-Regimes deportiert zu werden.

Im Gedenken an unsere verschleppten und ermordeten Mitbürgerinnen und Mitbürger versammeln wir uns an dieser Gedenktafel seit 21 Jahren. Ihnen wird vielleicht aufgefallen sein, dass die Tafel gegenüber den Vorjahren den Ort gewechselt hat. Wir wollten ihre Sichtbarkeit weiterhin gewährleisten, nachdem die Gaststätte ihren Außenbereich ausgedehnt hat und die Sicht auf die Tafel neuerdings unachtsamerweise durch ein anderes Hinweisschild beeinträchtigt wurde. Ich danke sowohl dem Sinti-Verein Bremerhaven als auch Herrn Prof. Dr. Ritzenhoff für die persönliche Unterstützung für die Umsetzung sowie Seestadt Immobilien für die Erledigung.

Anrede

In Zeiten, wo man unachtsamerweise ein Hinweisschild für die abgeschaffte Straßenbahn direkt vor einem Gedenkort platziert, könnte man meinen, das Erinnern habe an aktueller Bedeutung verloren.

Vor der Gedenkveranstaltung am 9. November bin ich sogar gefragt worden, wie viel pflichtgemäßes Ritual hinter dieser Versammlung stehen würde – und wie viel zeitgemäße Relevanz.

Nun, entgegne ich, es mag ja sein, dass verschiedentlich in den vergangenen Jahren man der Auffassung sein konnte, es bei der Erinnerung an die Nazi-Diktatur und die millionenfachen Verbrechen, die es über Europa brachte, belassen zu können.

Aber die Annahme, dass das Erinnern reichen würde, um die jahrhundertealten Teufelskreise von Antisemitismus und Antiziganismus, Ausgrenzung, Verfolgung, Vertreibung und schließlich der massenhaften Ermordung, zu durchbrechen, ist trügerisch.

Die europäische Krise

Wir erleben derzeit überall in Europa die Auswirkungen kollektiver Geschichtsvergessenheit und müssen feststellen, dass wir uns zu sicher glaubten.

Wir erleben den Vormarsch der Populisten, wobei die Grenzen zwischen ihnen und Extremisten fließend sind, da sie sich gegenseitig zuarbeiten.

Wo die Populisten durch die gezielte Verrohung des Sprachgebrauchs den demokratischen Diskurs vergiften, erledigen die Extremisten die Drecksarbeit:

Die Verfolgung von Menschen mit vermutetem Migrationshintergrund auf Straßen und Plätzen vieler Städte, Brandanschläge gegen Asylunterkünfte und letztlich auch der Terror des so genannten „NSU“ sprechen eine deutliche Sprache.

Der öffentliche Diskurs allerdings wird beherrscht von der ebenso schamlosen wie gezielten Instrumentalisierung beispielsweise der furchtbaren Vergewaltigung und Ermordung einer Studentin in Freiburg, mutmaßlich begangen durch einen unbegleitet nach Deutschland geflüchteten Minderjährigen aus Afghanistan.

Von Seiten der AfD wurde jüngst die Bundesregierung, namentlich die Kanzlerin und der Vizekanzler, aufgrund ihrer Flüchtlingspolitik für diesen Mord sogar persönlich mitschuldig gemacht.

Auf der politischen Ebene zeigt man sich erleichtert, wenn rechtspopulistische Bewerber um das Amt des Staatspräsidenten „nur“ 47% erhalten, doch gleichzeitig steht nicht nur in Frankreich die nächste Bewerberin einer Partei in den Startlöchern, die als stramm rechtsextremistische Partei ihre ersten Erfolge feierte.

Das alles ist möglich, weil wir, die aufgeklärten und überzeugten Europäerinnen und Europäer, es vergessen und versäumt haben, diese Union als das zu gestalten, was sie eigentlich ist:

ein Zusammenschluss von Staaten, die sich zu den allgemeinen Menschenrechten bekennen, zur Freiheit des Individuums, zur

Gleichberechtigung der Geschlechter, zur Freiheit der Kunst, der Religion und der Weltanschauung - und umgekehrt zur Ächtung jeder Form individueller oder gruppenbezogener Ausgrenzung oder gar Verfolgung.

Europa ist eben mehr als ein Wirtschaftsraum oder eine Währungsunion, sondern eine Gemeinschaft von Gesellschaften mit Werten, die sie als unveräußerlich, als nicht verhandelbar betrachtet.

Würde man diese Werte gerade in dieser Zeit offensiv verteidigen, dann müsste man beispielsweise die Debatte um Freiburg mit der Kommentatorin der ZEIT Özlem Topcu folgendermaßen bewerten:

„Es wird nicht das letzte Verbrechen sein, das ein Flüchtling begehen wird. Deswegen ist es aber nicht falsch, Flüchtlinge aufzunehmen. Generalverdacht ist gefährlich, ebenso die Darstellung von Verbrechen als Teil einer Kultur (...). Wir sind dann nicht mehr weit von der Biologisierung.“

Die Integration der Roma und Sinti als europäische Herausforderung

Anrede

In der Geschichte der Roma und Sinti hat die Biologisierung der gegen sie bis heute existierenden Vorurteile eine lange und unselige Tradition.

Ich erinnere mich an peinliche Auseinandersetzungen noch in den 1990er Jahren mit Wohnungsgesellschaften in Bremerhaven über die vermeintliche „Schrottsammlermentalität“ der Sinti, wobei der Begriff der Mentalität ja tatsächlich auf eine unveränderbare Disposition verweist.

Es ist der immer gleiche Teufelskreis, in dem Roma und Sinti gefangen waren und in vielen Teilen bis heute sind. Erst versperrt man ihnen den Zugang zu den Städten, zwingt sie in Ghettos oder vertreibt sie, verweigert ihnen Bildung und den Zugang zu geregelter Arbeit, um ihnen anschließend fehlende Integrationsbereitschaft vorzuwerfen, die vermeintlich nicht vorhandene Fähigkeit zur Sesshaftigkeit, die Begrenzung auf bestimmte Berufszweige oder gar Kriminalität aus vermeintlichen „Mentalitätsgründen“ – die dann wiederum zur Rechtfertigung für die nächste Stufe der Vertreibung werden.

Anrede

Es muss uns alarmieren, dass es auch uns nicht gelingt, diese Spirale zu durchbrechen. Wir wissen, dass viele der jüngst aus Osteuropa zu uns Gekommenen Roma sind.

Es ist besonders perfide, um nicht zu sagen widerlich, wie offenbar auch Bremerhavener aus der Armut und Entrechtung dieser Menschen ein Geschäft machen wollten, indem sie sie nach Bremerhaven schleusten und für ihre „Dienste“ „Provisionen“ verlangte, die die Betroffenen mangels besseren Wissens auch entrichteten.

Viele dieser Familien haben die Stadt inzwischen wieder verlassen, ob nun nach Bulgarien oder auch nur in andere Städte Deutschlands, wissen wir häufig genug noch nicht einmal, aber es ist bedrückend, dass es uns ganz offenkundig nicht gelungen ist, die Täter rechtzeitig zu fassen und die Opfer besser zu schützen.

Andererseits muss man konstatieren, dass nicht nur wir, sondern zunächst die Herkunftsstaaten in Bezug auf die Integration ihrer ethnischen Minderheiten vielfach nicht nur gescheitert sind, sondern ihre Flucht mindestens billigend in Kauf genommen haben.

Gestatten Sie mir ein Beispiel.

In der Statistik des Sozialdezernats fand sich jüngst der Hinweis, dass sich in Bremerhaven rund 100 Geflüchtete aus Mazedonien aufhielten.

Anlässlich einer Partnerstädtekonferenz in Cherbourg vor 14 Tagen hatte ich die Möglichkeit, mit zwei Repräsentantinnen der mazedonischen Partnerstadt Cherbourgs über diese Frage zu sprechen. Beide hatten sehr ausführlich und stolz über die Bemühungen Mazedoniens zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur EU berichtet.

Ich fragte sie dann, ob sie mir erklären könnten, weshalb Menschen aus Mazedonien nach Deutschland kämen, um bei uns Anträge auf politisches Asyl zu stellen, 100 allein in Bremerhaven. Dies, so die überraschende Antwort, seien sicherlich keine Mazedonier, sondern Minderheiten, Albaner vielleicht, oder Roma.

Verstehen Sie die Argumentation? Die Ausgrenzung beginnt bereits an dieser Stelle.

Die Staatsangehörigkeit allein macht die Menschen noch nicht zu Bürgerinnen und Bürgern des Landes. Mazedonien, erklärten sie mir, bestehe in der Mehrheit aus Mazedoniern, und daneben gebe es eben noch einige kleinere Minderheitengruppen. Wenn ich die Geflüchteten fragen würde, dann würde sich das Missverständnis schnell aufklären. So entledigt sich mancher Staat auch heute noch seiner Verantwortung.

Die Roma, so die Ausführungen der beiden Repräsentantinnen, die eine übrigens Sozialdezernentin ihrer Stadt, wollten nicht arbeiten, würden ihre Kinder auch nicht zur Schule schicken, sondern gemeinsam betteln. Deshalb habe man begonnen, die Kinder den Eltern wegzunehmen und sie in Heime zu sperren, doch die Kinder würden immer wieder mit der Hilfe ihrer Eltern entkommen.

An dieser Stelle wird mir klar, warum diese Familien das Land verlassen, und man versteht auch die vielfachen Anpassungsschwierigkeiten, die wir hier im Umgang mit ihnen erleben, einfach, wenn wir berücksichtigen, dass es sich um Menschen handelt, die den Staat niemals als fürsorgende Institution erlebt haben, sondern nur als repressive Bedrohung. Ein Staat, der einem Teil seiner Bürger keine Angebote macht, weil er sie gar nicht als Bürger bezeichnet.

Ich verweise direkt auf den skizzierten Teufelskreis.

Anrede

Ich nenne dieses Beispiel ohne jeden Vorwurf oder Überheblichkeit. Wir haben alle einen weiten Weg zurückzulegen bzw. zurückzulegen gehabt. Bis zur Anerkennung des Völkermords der Nazis an den Roma und Sinti durch die offiziellen Stellen der Bundesregierung dauerte es bis in die 1980er Jahre. Im letzten Jahr habe ich zu diesem Anlass über die lange Auseinandersetzung berichtet, die es dauerte, bis es 1995 endlich zur Enthüllung dieser Gedenktafel in Bremerhaven kam.

Und unsere Gesellschaft wäre heute nicht so weit, wenn wir in der Überwindung unserer Vorurteile nicht so nachdrücklich und engagiert durch die Sinti und Roma selbst unterstützt, motiviert und gedrängt worden wären, und so ist dem Bremerhavener Sinti-Verein auch an dieser Stelle zu danken für inzwischen 31 Jahre unermüdlicher Bürgerrechtsarbeit, die unsere Stadt bereichert hat.

Es sind die vielen kleinen Projekte, die der Sinti-Verein an vielen Stellen unterstützt und auf den Weg gebracht hat, und ich möchte heute einmal beispielhaft den schulischen Bereich hervorheben.

Ich bin stolz und dankbar, dass wir seitens des Schulamtes mit dem Sinti-Verein einen Kooperationsvertrag für die Elternarbeit an einer Grundschule in Lehe getroffen haben,

und dass Herr Balke dort inzwischen mehrfach in der Woche als Ansprechpartner nicht nur, aber sicher vorrangig für Roma-Familien zur Verfügung steht und – Brücken baut, Verständnis schafft, und zwar auf der Schule wie auch der Familien –

und wenn es uns gelingt, wenigstens diesen Familien und ihren Kindern eben das Bild eines Staates zu vermitteln, der Verantwortung als Fürsorge versteht, der sich kümmert und unterstützt, dann ist das – ich verweise nochmals auf den Wirkungskreislauf des Rassismus – nicht eben wenig, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

Und dann dient dieser Gedenktag eben auch nicht einem jährlichen Ritual, sondern der beständigen Vergewisserung, dass wir die Lebenden nicht nur mahnen, Unmenschlichkeit und Rassismus entgegenzutreten – sondern dafür als Stadt in unserem Handeln auch die Verantwortung übernehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.